69. Jahrgang. № 357

Sonnabend, 1. August 1925

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241.
Nur für Nachtgespräche: 20 011.

Bezugs-Gebühr: vom 1. bis 15. August 1925 bei tägl. zweimaliger Zustellung frei Haus 1,50 Mark. Postbezugspreis für Monat Juli 3 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig.

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einspaltige 30 mm breite Zeile 30 Pfg. für auswärts 35 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg. Offertengebühr 10 Pfg. Ausw. Aufträge gegen Vorausbezahl.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Hotel Bellevue

Nachmittag-Tee mit Konzert.
Mittag- und Abend-Tafel im Terrassen-Saal an der Elbe.
Bekannte vornehme Tafelmusik.
Festsäle und Konferenzzimmer.

Jeden Mittwoch Abend
Reunion

Der deutsche Flüchtlingsstrom aus Polen.

Das überfüllte Flüchtlingslager in Schneidemühl. — Täglicher Zustrom von 5—600 Personen.

Bevorstehende Entente-Einladung an Deutschland zu mündlichen Verhandlungen? — Abd el Krim macht Fortschritte.

Die Opfer der polnischen Kulturschande.

Berlin, 31. Juli. Der Zustrom von den aus Polen Vertriebenen nach Schneidemühl nimmt in erschreckender Weise zu. Die Verwaltung des Durchgangslagers in den Albatroswerken in Schneidemühl leistet schier übermenschliche Arbeit, um die deutschen Optanten unterzubringen und weiterzuleiten. Hunderte von Ausgewiesenen treffen täglich in Schneidemühl ein, und nur ein kleiner Teil kann in Kürze weitergeleitet werden. Durchschnittlich kommen täglich 5—600 Flüchtlinge an, von denen jeweils nur 200 außerhalb Schneidemühls und der polnischen Grenzmark Posen-Westpreußen untergebracht werden können. Am Mittwoch trafen tagsüber allein 465, nachts noch 240 Personen ein. Die Gesamtzahl der augenblicklich im Durchgangslager befindlichen Optanten beträgt 3000.

Ueber den Umfang der von der polnischen Regierung eingeleiteten zwangsweisen Abschiebung deutscher Optanten sind die deutschen Amtsstellen auch heute noch im unklaren, da irgendwelche Listen von den polnischen Behörden nicht zu erlangen sind. Inzwischen wächst aber täglich der Zustrom der Optantenfamilien, die die durch die polnische Polizei beabsichtigte Austreibung aus ihrem bisherigen Besitz nicht abwarten wollen. Diese Flüchtlinge werden, soweit das deutsche Generalkonsulat in Posen davon Kenntnis erhält, nach dem ausgebauten Durchgangslager Schneidemühl überwiesen.

Zahlreiche Familien wandern jedoch auch über die Grenze nach Ostpreußen und können erst nach und nach ermittelt werden.

Die deutsche Fürsorge für die gewaltsam ihrer Existenz beraubten zielt natürlich in der Hauptsache dahin, so schnell als möglich Unterbringungsmöglichkeiten zu schaffen. Ledige Flüchtlinge aber werden durch die beim Generalkonsulat in Verbindung mit dem Reichsarbeitsministerium eingerichtete Arbeitsvermittlungsstelle sofort an Arbeitsstellen in Deutschland überwiesen. **Hier hat sich die ostpreußische Landwirtschaft für die vorläufige Aufnahme solcher Flüchtlinge als Erntearbeiter in dankenswerter Weise zur Verfügung gestellt.** Trotz dieser Hilfe durch Ostpreußen ist es aber bisher völlig unmöglich gewesen, den Tausenden von vertriebenen Familien neuen Erwerb zu verschaffen, auch die Versorgung mit Wohnungsgelegenheiten fällt bei dem großen Wohnungsmangel außerordentlich schwer.

So sind denn tausende von Familien mit ihren Kindern und ihrer oft nur notdürftig verpackten Habe in dem Schneidemühler Lager zusammengepfercht.

Die amtliche Uebernahmestelle, die der Leitung des Schneidemühler Oberpräsidenten v. Bülow untersteht, hat nun jeden preußischen Regierungsbezirk angewiesen, eine bestimmte Anzahl der bedauernswerten Flüchtlinge für die einzelnen Gemeinden des betreffenden Bezirks zu übernehmen und für Unterkunft und Erwerbsmöglichkeit zu sorgen. Bei dem Darniederliegen der gesamten deutschen Wirtschaft begegnet jedoch die Durchführung dieser Anordnung fast unüberwindlichen Schwierigkeiten. Wie groß bereits die Anzahl und das Elend der aus Polen gewaltsam Vertriebenen ist, geht allein daraus hervor, daß neben dem großen Schneidemühler Lager noch ein weiteres in Ostpreußen errichtet werden muß. **Wenn jetzt noch in den nächsten Tagen die von Polen vorbereitete polizeiliche Zwangsvertreibung der noch in ihrem bisherigen Wohnsitz Verbliebenen einsetzt, dann können sich in den Flüchtlingslagern leicht Verhältnisse entwickeln, die allein schon in gesundheitlicher Beziehung sehr bedenkliche Folgen auslösen müssen.**

Das „Kulturwerk" des polnischen Westmarkenvereins.

Berlin, 31. Juli. Zu der von Polen eingeleiteten zwangsweisen **Massenvertreibung deutscher Optanten** sind heute nachmittag an den Berliner Amtsstellen Nachrichten eingetroffen, wonach der Zustrom der über die Grenzen kommenden Flüchtlinge seit gestern in außerordentlichem Maße zugenommen hat. **Die barbarische Austreibung der deutschen Optanten ist ein Erfolg der Verhetzungspolitik des polnischen Westmarkenvereins** unter geistiger Leitung des Posener Generalstaatsanwalts Kierski, der sich zur Aufgabe gemacht hat, die ehemals deutschen Gebiete in rein polnische zu verwandeln, koste es, was es wolle. Daß damit nicht nur blühende Gefilde in Oeden verwandelt, ganze Länder um ein Jahrhundert in ihrer Entwicklung zurückgeworfen werden, sondern daß auch gleichzeitig infolge der notwendig werdenden Gegenmaßregeln der deutschen Regierung Tausende von polnischen Familien ins Elend gestoßen werden, kümmert die polnischen Chauvinisten nicht.

Polnische Zollmaßnahmen zur Valutastützung

Warschau, 31. Juli. Der Ministerrat hat im Zusammenhang mit dem Rückgang des Zlotykurses folgende Verfügungen getroffen: Einführung von neuen Tarifermäßigungen für Exporteure, Einstellung der Gewährung von Zollermäßigungen ab 1. August, Einstellung jeglicher Kreditierung von Zöllen und Einführung der Reglementierung von gewissen Luxuserzeugnissen sowie einiger Waren, deren Einführung aus Deutschland verboten ist, um ihre mittelbare Einfuhr nach Polen unmöglich zu machen. (WTB.)

Die tschechisch-polnischen Verträge ratifiziert.

Warschau, 31. Juli. Der Senat ratifizierte gestern sämtliche elf zwischen Polen und der Tschecho-Slowakei beschlossenen Wirtschafts- und Rechtsverträge, u. a. den Handelsvertrag, den Rechtshilfevertrag, und das Abkommen über den kleinen Grenzverkehr.

Deutschland und die englischen Kreuzer.

Die Billigung der riesigen Kreuzerforderungen der englischen Admiralität zunächst im Londoner Kabinett und dann auch im Unterhause bildet eine lehrreiche Illustration zu der Aeußerung Baldwins in seiner letzten großen Rede am Sonntag, in der er von dem unbestreitbaren Rechte Deutschlands sprach, auf Grund des Versailler Diktats von allen Vertragsmächten eine unverzügliche Inangriffnahme der allgemeinen Abrüstung zu verlangen. Er tat dabei ein übriges, indem er den „beträchtlichen Anfang" der Abrüstung erwähnte, den England mit der Annahme der Verminderung seiner Rüstungen zur See auf der Washingtoner Konferenz gemacht habe. Die Tatsache der neuen Kreuzerbauten aber spricht eine andere Sprache. Selbst in weiten konservativen Kreisen Englands wird der Sieg der Admiralität in bezug auf das Flottenbauprogramm mit recht gemischten Gefühlen aufgenommen, da man die Augen keineswegs vor den unvermeidlichen Folgen verschließt, die dieser durch keinerlei sichtbare außenpolitische Gefährdung begründete Rüstungseifer zur See als verhängnisvolles Beispiel für die übrigen Weltmächte zeitigen muß. Seine provozierende Wirkung auf die übrigen Mächte ist zweifellos; denn an die Notwendigkeit dieser „Ersatzbauten" kann man natürlich um so weniger glauben, als England heute schon mehr nach 1915 gebaute, also moderne, Kreuzer besitzt als Amerika, Japan, Frankreich und Italien zusammengenommen. Es ergibt sich damit das groteske Bild, daß man in dem Augenblick, in dem Coolidge seine neue Abrüstungskonferenz erwägt, — die allerdings ausgerechnet erst nach Abschluß des Sicherheitsvertrages mit dem entwaffneten Deutschland möglich sein soll! — trotz der Washingtoner Abrüstungsbeschlüsse die Rüstung in gewaltigem Ausmaße vermehrt. Man baut zwar keine Linienschiffe über 10 000 Tonnen mehr, weil das in Washington verboten wurde. Man hält sich an den Buchstaben von Washington. Aber dank den rapiden Fortschritten der Geschütztechnik haben die neuen 10 000-Tonnen-Kreuzer heute einen Gefechtswert, den man noch zur Zeit der Washingtoner Konferenz nicht für möglich gehalten hatte. Und mit Recht fragt ein so regierungsfreundliches englisches Organ wie der „Economist", wie England erwarten könne, daß Frankreich oder sonst jemand abrüsten würde, wenn „England der Welt mit dieser Flagge der Aggression vor dem Gesicht herumfuchtele".

Man kann es Baldwin zugute halten, daß er und mit ihm die Mehrheit des Kabinetts mehr die Geschobenen als die Führer gewesen sind. Denn was sich im englischen Kabinett abspielte, war ein erbitterter Kampf zwischen der Admiralität und der verantwortungsbewußten Richtung der konservativen Partei, die angesichts der großen wirtschaftlichen Depression in England das Prinzip der Sparsamkeit in den Vordergrund stellt. Und dieser Kampf, der sich bis zu einer ernsten Gefährdung des Kabinetts Baldwin zuspitzte, hat für die Admiralität mit einem vollständigen Siege geendet. Gewiß, der Admiralität sind schließlich durch ein sogenanntes Kompromiß nur sieben statt der ursprünglich verlangten neun Kreuzer für die nächsten zwei Jahre — und drei weitere für jedes folgende Jahr — bewilligt worden, aber wer die Taktik der englischen Admiralität kennt, der weiß, daß sie im Ernst gar nicht mehr verlangt hat, als was jetzt erreicht worden ist. Ihr Sieg ist unbestreitbar, und er ist letzten Endes eine Folge der jahrhundertealten Tradition, die angesichts der überragenden Bedeutung der englischen Flotte für das gesamte Weltreich und seine Verteidigung den Sicherungsforderungen der Seelords eine beherrschende Stellung im britischen Haushalt verschafft hatte. Die Admiralität bestimmte, wie viel Schiffe gebaut werden mußten, und Aufgabe des Kabinetts war es lediglich, für die Bewilligung der Mittel zu sorgen. Das war seit Jahrhunderten so, und das hat sich auch heute gegen den hartnäckigsten Widerstand des Schatzministers Churchill durchgesetzt. Dieser Sieg der Admiralität aber hat eine ernste weltpolitische Bedeutung. In erster Linie natürlich als alarmierendes Signal zur gesteigerten Fortsetzung eines allgemeinen Wettrüstens, das den ehrlichen oder geheuchelten Tendenzen einer allgemeinen Abrüstung, wie sie nicht nur in Versailles feierlich verkündet, sondern auch heute noch als offiziöses Ziel der Weltpolitik dargestellt wird, bewußt entgegenarbeitet und den Wert aller früheren und künftigen Abrüstungskonferenzen beleuchtet. Darüber hinaus aber wird jetzt in England von niemand mehr verkannt, daß die Gefährdung Englands und seines Imperiums durchaus nicht mehr ganz ausschließlich von der Seeseite her droht. Schon als im Weltkriege die ersten deutschen Luftstreitkräfte über England erschienen, hörte man den erschreckten Ruf: „England no longer island." England ist keine Insel mehr. Und vom rein militärischen Standpunkte aus drohen Eng-

Mündliche Verhandlungen mit Deutschland?

Englisch-französische Annäherung in der Sicherheitsfrage.

Eine Londoner Konferenz vor der Einladung Deutschlands.

London, 31. Juli. Nach Pariser Meldungen hiesiger Blätter erscheint es ziemlich sicher, daß der französische Außenminister Briand im August nach London kommt. In Paris soll die Ansicht bestehen, daß die französische und die englische Auffassung in der Frage des Sicherheitspaktes sich nunmehr so weit genähert habe, daß die Verhandlungen mit Deutschland im Wege mündlicher Aussprache fortgesetzt werden können. Aus diesem Grunde wird auch eine vorherige Zusammenkunft zwischen Briand und Chamberlain gewünscht. (W.T.B.)

Eine Konferenz mit den Deutschen nicht vor November?

London, 31. Juli. „Manchester Guardian" veröffentlicht ein Pariser Telegramm, worin es zur Frage des Sicherheitspaktes u. a. heißt: Augenblicklich seien **die Juristen des Foreign Office und des Quai d'Orsay mit der fast unmöglich zu lösenden Aufgabe betraut, zwischen der britischen und der französischen Auffassung von den Befugnissen des Völkerbundes einen Ausgleich zu finden.** Die Franzosen hoffen, daß Chamberlain schließlich überredet werden würde, ein „Kompromiß" anzunehmen, welches als Grundlage für eine neue Antwort dienen könnne. Wenn es notwendig erscheine, daß Briand seinen persönlichen Einfluß geltend machen müsse, um ein solches Kompromiß zu erzielen, so werde er sicher bereit sein, nach England zu fahren. **In Paris sei man der Ansicht, daß die Verhandlungen eine lange Zeit in Anspruch nehmen würden und daß man vor Oktober oder gar November kaum mit den deutschen Vertretern zu einer gemeinsamen formellen Konferenz zusammenkommen werde.**

Vandervelde einer Revision des Versailler Vertrags nicht abgeneigt.

London, 31. Juli. Der Brüsseler Berichterstatter der „Times" meldet: Die belgische Regierung erhielt vom britischen Geschäftsträger eine Note Chamberlains betr. den Sicherheitspakt, auf die der Außenminister Vandervelde mit einer Note erwiderte, in der er den Standpunkt der belgischen Regierung auseinandersetzt. Der Berichterstatter erhielt von besonders gut unterrichteter Seite eine Erläuterung zu dem belgischen Standpunkt, worin u. a. ausgeführt wird, die deutschen Erklärungen erforderten zweifellos eine große Behutsamkeit. **Aber man könne nicht für immer alle Bemühungen verhindern, das in Artikel 19 der Völkerbundssatzung vorgesehene Revisionsverfahren auf Deutschland anzuwenden.** Was den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund angehe, so erwarte Stresemann wohl schwerlich im Ernst, daß der Völkerbundsrat seine Antwort vom letzten März abändern werde. Die deutsche Antwort stehe auf festem Grunde, wenn sie auf der Notwendigkeit beharre, ein **unparteiisches Verfahren** vorzusehen, durch das entschieden werde, wer der Angreifer sei. Nicht zu dulden würde es aber sein, daß der Widerspruch einer einzelnen Nation genügen sollte, den Garanten zu verhindern, zugunsten des angegriffenen Staates einzugreifen. (W.T.B.)

Wechsel im Transferkomitee.

Berlin, 31. Juli. Wie der Generalagent für die Reparationszahlungen mitteilt, ist Albert Janßen als belgisches Mitglied des Transferkomitees infolge seiner Ernennung zum belgischen Finanzminister aus dem Komitee ausgeschieden. An seine Stelle ist René Tilmont, Direktor der belgischen Nationalbank, getreten. (T. U.)